

FOKUS

ANALYSEN & PERSPEKTIVEN FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT

FOKUS • 04/2016
SICHERHEITSPOLITIK 2017

ALS E-PAPER UNTER
BUNDESHEER.AT/FOKUS



ANALYSE

Europas Umfeld: Krisenregionen, Trends und Konfliktlinien 2017



PERSPEKTIVE

Verteidigungsminister Doskozil: Unsere Themen 2017: Migration, Terror, Cyber



MEINUNGSBILD

Österreich will mehr Sicherheit – zusätzliche Aufgaben fürs Bundesheer



04_



06_

04_
 Was uns 2017 fordert

06_
 Was für Österreichs
 Sicherheit entscheidend ist

08_
 Umfeld am Prüfstand

10_
 Interview mit ...
*Hans Peter Doskozil, Bundesminister
 für Landesverteidigung und Sport*

12_
 Österreich will mehr Heer

14_
 Blick in die Zukunft – das
 innovative Foresight-Cockpit

16_
 Migration 2017 –
 Zahlen, Daten, Fakten

17_
 Interview mit ...
*Generalmajor Edwin Potocnik,
 Leiter des Heeresnachrichtenamts*

18_
 Mehr Schutz durch das
 „Sicherheitspaket“

20_
 Neue Aufgaben, neue Struktur

22_
 Terrorismus 2017 –
 Zahlen, Daten, Fakten

23_
 Cyberraum 2017 –
 Zahlen, Daten, Fakten



08_



10_



12_



17_



18_



**Generalmajor
Dr. Johann Frank**

Leiter der Direktion für
Sicherheitspolitik im BMLVS

2017

FOKUS  EDITORIAL

SICHERHEITSPOLITIK BRAUCHT STRATEGISCHE VORAUSSCHAU

Österreichs Sicherheit ist erstmals wieder unmittelbar mit sicherheitspolitischen Herausforderungen konfrontiert. Diese sind der sich immer weiter ausdifferenzierende internationale Terrorismus, der anhaltende Migrationsdruck, die steigenden Risiken im Cyber-Bereich sowie die sich einer externen Steuerbarkeit zunehmend entziehenden Konflikte in der Nachbarschaft.

Gerade die Migrationskrise der vergangenen beiden Jahre hat auch gezeigt, dass die EU, wenn es um die Bewältigung fundamentaler Herausforderungen geht, noch immer erhebliche gesamt-europäische Handlungsschwächen hat. Österreich ist daher weiterhin gefordert, einerseits die EU als den zentralen Handlungsrahmen seiner Sicherheitspolitik bestmöglich zu stärken, andererseits aber dort, wo es um vitale nationale Interessen geht, erforderlichenfalls auch alleine bzw. mit gleichgesinnten Partnerstaaten handeln zu können. Die Zusammenarbeit der zentraleuropäischen Staaten bei der Schließung der Westbalkan-Route ist in diesem Zusammenhang beispielgebend und sollte auch auf andere Bereiche übertragen werden.

Wesentliches Kriterium jeder erfolgreichen Sicherheitspolitik ist eine umfassende strategische Vorausschau und eine bestmögliche Vorbereitung auf kommende Entwicklungen. Es gilt Entscheidungsträger rechtzeitig und sachlich mit den dringendsten Herausforderungen der Zukunft vertraut zu machen, bevor eine Krise eintritt und den Spielraum

zum Nachdenken nimmt. Dazu soll die jährlich erscheinende „Sicherheitspolitische Jahresvorschau“ in Verbindung mit der aktuellen Ausgabe des Magazins **FOKUS** einen Beitrag leisten.

Die zentralen verteidigungspolitischen Herausforderungen Österreichs für das kommende Jahr 2017 sind: die Steigerung des realen Sicherheitsnutzens des ÖBH im Sinne der Erwartungshaltung der österreichischen Bevölkerung, der Ausbau der nationalen Verteidigungsfähigkeit gegenüber hybriden Bedrohungen, die Weiterentwicklung internationaler Kooperationen, die Fokussierung des internationalen Engagements auf den Schutz der Außengrenzen der EU und auf die Ursachenbekämpfung von Terrorismus und Migration, die Verbesserungen im Bereich der Cyberverteidigung und die Umsetzung des im September 2016 verabschiedeten Sicherheitspakets der Bundesregierung.

In Verbindung mit der seit langem erstmaligen Erhöhung des Verteidigungsbudgets stellte das abgelaufene Jahr zweifellos eine Trendumkehr in der österreichischen Verteidigungspolitik dar. 2017 ist nun das Jahr der Umsetzung und der Fortsetzung des eingeschlagenen Kurses im Sinne der Sicherheit Österreichs.

Ihr

Generalmajor
Dr. Johann Frank

MAGAZIN FOKUS

FOKUS. Analysen & Perspektiven für Österreichs Sicherheit ist ein Magazin des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport und bietet einen kompakten und exklusiven Überblick zu aktuellen Sicherheitsthemen.

MEDIENINHABER, HERAUSGEBER UND HERSTELLER

Republik Österreich/Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, BMLVS, Rossauer Lände 1, 1090 Wien

LEITUNG

Generalmajor Dr. Johann Frank,
Direktion für Sicherheitspolitik

REDAKTION

Büro für Sicherheitspolitik, StWm Lukas Bittner, BA, Oberst dG MMag. Georg Geyer

FOTOGRAFIE

BMLVS – Heeresbild- und Filmstelle,
Shutterstock

GRAFIK, LAYOUT, SATZ

Büro für Sicherheitspolitik,

LEKTORAT

Ernst Böck

KONTAKT

Bundesministerium für
Landesverteidigung und Sport
Büro für Sicherheitspolitik
Rossauer Lände 1, 1090 Wien
Tel.: 050201 10 25430
E-Mail: bfsihpol@bmlvs.gv.at

HERSTELLUNG

BMLVS/Heeresdruckzentrum

ALS E-PAPER

www.bundesheer.at/fokus

Die Inhalte einzelner Beiträge geben die persönliche Einschätzung der Experten wieder und entsprechen nicht notwendigerweise den Positionen des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport (BMLVS).





WAS UNS 2017 FORDERT

Die künftige Entwicklung der EU und der Kurs des neuen US-Präsidenten Donald Trump sowie insbesondere die Konfliktentwicklung im Nahen und Mittleren Osten sind entscheidende Faktoren für unsere Sicherheit: Das aktuelle Trendszenario für die österreichische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zeigt, was uns 2017 fordert.

Welche Entwicklungen haben wirklich Einfluss auf unsere Sicherheit? Antworten auf diese Frage liefert das neue Trendszenario der Direktion für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung (s. Kasten). Der aktuelle Bericht zeigt: Wichtige Entwicklungen (vgl. auch FOKUS 1/2016) haben sich zuletzt nicht wesentlich verändert. In manchen Bereichen ließ sich jedoch eine Verschärfung feststellen.

Unsichere globale machtpolitische Entwicklungen

Das geopolitische Umfeld bleibt angesichts neuer bzw. sich verstärkender Bedrohungskonstellationen weiterhin konfrontativ. Treibende Faktoren für diese Entwicklung sind die Migrationskrise, Rolle und Entwicklung der Türkei, die Konflikte in Syrien und im Irak, der transnationale Terrorismus, der BREXIT, die Konsequenzen der US-Wahl und der Territorialstreit im Südchinesischen Meer. Die Trendforscher sprechen von einer „volatilen Welt mit wechselnder Polarität und Ausrichtung der Beziehungen“. Ein Schlüsselfaktor für die Zukunft ist jedenfalls der Kurs der Trump-Administration im Weißen Haus: Sowohl internationale Konfrontation als auch Isolation der USA hätten erhebliche geopolitische Auswirkungen.

Chinesische Ambitionen und internationale Organisationen

Der „Wettbewerb rivalisierender Weltordnungen“ nimmt zu. China versucht,

wirtschaftlich und politisch verstärkt an Einfluss zu gewinnen. Es dürfte jedoch noch Jahrzehnte dauern, bis China die USA als die Nummer 1-Wirtschafts- und Militärmacht ablösen könnte, sagten die Experten. Globalpolitisch bildet sich eine „G2“ der internationalen Beziehungen zwischen USA und China heraus. Ein stark isolationistischer Kurs der USA unter Trump würde die internationalen Organisationen und vor allem die Vereinten Nationen stark schwächen.

Wichtige Rolle der NATO

Der aktuelle Trendbericht spricht davon, dass der Beitrag der NATO zur europäischen Sicherheit ambivalent ausfällt. Positiv zu vermerken ist die Stabilisierungsrolle auf dem Westbalkan und Initiativen zum Resilienzaufbau in der europäischen Nachbarschaft. Solange aber das Verhältnis zu Russland nicht auf eine kooperative Basis gestellt wird, bleiben zumindest in den nördlichen und östlichen NATO-Ländern die Weichen auf Bündnisverteidigung gestellt, was wiederum zur Eskalation beiträgt und nach einem verstärktem US-Engagement in Europa verlangt.

Stabilität in Europa am Prüfstand

Mit Blick auf Europa diagnostizieren die Sicherheitsexperten eine „starke Beeinträchtigung der Stabilität mit regionaler Begrenzung“. Der Süden der EU wird durch die Flüchtlings- und Migrantenströme als Durchgangsregion für die Weiterwanderung, vor allem nach

Deutschland, Schweden, den Niederlanden und Großbritannien, genutzt. Der Flüchtlings- und Migrantenstrom bleibt auf den Hauptflüchtlings- und Migrantenrouten über Griechenland und den Westbalkan nach Österreich sehr hoch. „Von einer gemeinsamen Flüchtlingspolitik ist die EU noch weit entfernt, und daran wird sich auch im Beobachtungszeitraum nicht viel ändern“, bilanzieren die Experten des Bundesheeres. Ihre Warnung: Eine Verschärfung des Migrationsdrucks könnte zu einer „starken Beeinträchtigung der Stabilität mit großer europaweiter Auswirkung“ führen.

Höchst instabil präsentiert sich weiterhin die Nachbarschaft der EU. Im schlechtesten Fall können räumlich begrenzte Konflikte und Herausforderungen bis hin zu einer Destabilisierung Europas führen. Auch dabei spielt der künftige Kurs der Trump-Administration eine zentrale Rolle. Nicht geändert hat sich die Einschätzung der Rolle Russlands in Europa. „Die wirtschaftlich rückläufige Entwicklung Russlands könnte bis 2020 dazu führen, dass das Regime Putin etwas nachgeben wird müssen“, heißt es. Ein militärischer konventioneller Konflikt mit Russland kann auf Sicht zu ausgeschlossen werden.

EU-Integration am Wendepunkt

Die Analyse der Entwicklung der Europäischen Union zeigt, dass auch die Rücknahme bisheriger Integrations-schritte möglich ist. „Insbesondere durch die sogenannte „Flüchtlingskrise“ ist eine

tiefe Spaltung der EU entlang politischer und ökonomischer Interessen zutage getreten und diese sind seit der Erstanalyse deutlich tiefer geworden“, so der Bericht. Im Falle einer weiteren Renationalisierung kann sogar eine weitere Desintegration der EU nicht ausgeschlossen werden. Die Erfahrung zeigt zudem, dass Druck von außen ein engeres Zusam-

menschließen im Inneren nach sich zieht. An der bisherigen Ausrichtung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) dürfte sich nichts ändern.

Insgesamt zeichnet das Trendszenario 2021 ein sicherheitspolitisches Umfeld für Europa und Österreich, das durch

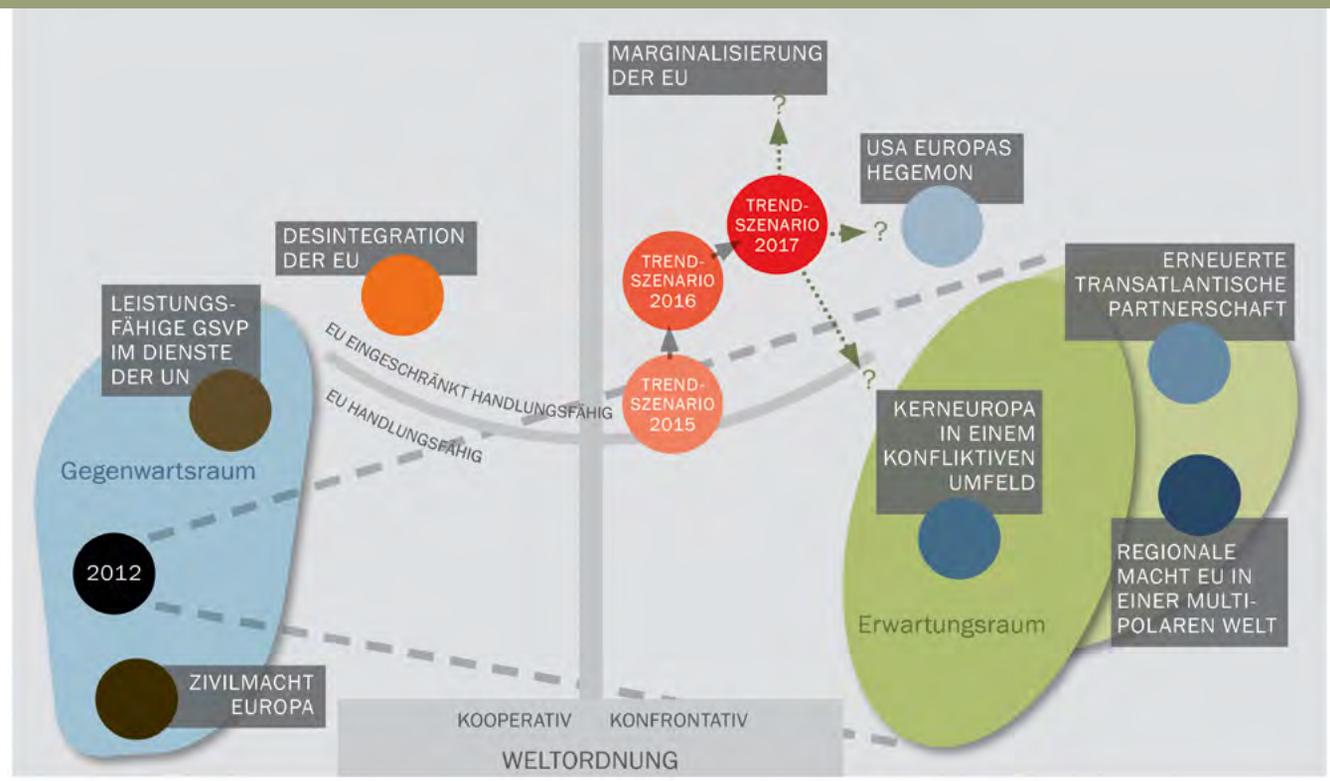
eine Verschärfung von Konflikten und Unsicherheiten gekennzeichnet ist. Sollte kein positiver Gegentrend eingeleitet werden, ist auch eine noch stärkere Beeinträchtigung der Stabilität der EU möglich. Die Trends der Instabilität in den europäischen Nachbarregionen und die Handlungsschwäche der EU haben sich jedenfalls weiter verstärkt.

FOKUS  WISSEN

TRENDSZENARIO – DIE METHODE

Für das Trendszenario wurden die für die österreichische Sicherheitspolitik relevanten Schlüsselfaktoren im Rahmen einer Systemanalyse identifiziert und in Hinblick auf ihre künftigen Entwicklungsmöglichkeiten analysiert. Aus zunächst über hundert Einflussfaktoren wurden die 12 bedeutendsten Schlüsselfaktoren herausgearbeitet (siehe Grafik). Ihre Entwicklung und ihre Wechselbeziehungen werden laufend analysiert und im jährlichen Trendszenario verdichtet. Im Rahmen eines Szenariomonitorings werden halbjährliche Indikatorenberichte erstellt.

DARSTELLUNG DER SICHERHEITSPOLITISCHEN UMFELDSZENARIEN AUS DER SICHT VON 2011



Das Trendszenario 2016 basiert auf umfangreichen Vorarbeiten der Direktion für Sicherheitspolitik im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport aus dem Jahr 2011 (Gegenwartsraum). Es stellt die konsequente Weiterentwicklung der Trendszenarien der vergangenen Jahre dar und beobachtet die sicherheits- und verteidigungspolitische Umfeldentwicklung innerhalb des projizierten Szenarioraums.

WAS FÜR ÖSTERREICHS SICHERHEIT ENTSCHEIDEND IST

Auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen braucht Österreich richtige Antworten: Die verteidigungspolitische Agenda wird angepasst, die Investitionen in Österreichs Sicherheit steigen spürbar.

Die sicherheitspolitischen Entwicklungen (s. Seiten 4 und 5) bestätigen in wesentlichen Teilen die Österreichische Sicherheitsstrategie und die Teilstrategie Verteidigungspolitik, sie erfordern aber auch Anpassungen. So hat sich die lange Zeit vorherrschende Meinung als falsch herausgestellt, man könne die Landesverteidigung mit Blick auf „einsatzwahrscheinliche Aufgaben“ immer effizienter gestalten und damit faktisch Substanz abbauen. Schritt für Schritt wird das Bundesheer wieder in die Lage versetzt, alle Aufgaben einschließlich der Landesverteidigung in absehbarer Zukunft angemessen zu erfüllen. Angesichts des Konflikts zwischen der NATO und einigen EU-Staaten auf der einen und Russland auf der anderen Seite bleibt auch Österreichs neutrale Mittlerposition relevant. Schließlich gilt ebenfalls: In einer nicht handlungsfähigen EU muss Österreich selbst handlungsfähig sein, wo es um seine vitalen Interessen geht, und sich daher auch außerhalb der EU entsprechende Partner suchen.

Mehr Aufgaben, moderne Strukturen

Für Österreichs Verteidigungspolitik erfordern die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen die

- weitere Steigerung des realen Sicherheitsnutzens des Österreichischen Bundesheeres insbesondere beim Grenzschutz, beim Schutz kritischer

Infrastrukturen, bei der Terrorbekämpfung, beim Cyberschutz, bei der Katastrophenvorsorge und der nicht-militärischen Gefahrenabwehr aus der Luft

- Reform des nationalen Sicherheitssektors durch die Umsetzung des Sicherheitspakets (s. Seite 18) sowie insbesondere die Einrichtung des Sicherheitskabinetts und einer Organisationseinheit für Umfassende Sicherheitsvorsorge
- Ausrichtung der Verteidigungsplanung auf hybride Bedrohungsbilder und auf Beiträge zur Sicherstellung einer militärischen Grundstabilität in Zentraleuropa, unabhängig von manifesten konventionellen Bedrohungen
- deutliche Verbesserung der Fähigkeiten zur Cyberverteidigung einschließlich des Cyberschutzes kritischer Infrastrukturen in enger Kooperation mit ausgewählten Partnern
- Anpassung des internationalen Engagements in den Bereichen EU-Außengrenze, Gegenküste Nordafrika bis Naher Osten und im Gürtel der Herkunfts- und Konfliktregionen von Westafrika bis Afghanistan. Das erfordert 2017
- eine *substanzielle Beitragsleistung* zum Schutz der EU-Außengrenzen und zur Stabilität in der unmittel-

baren Nachbarschaft mit klarem Schwergewicht am Westbalkan

- *Reservenbildung* für einen robusten militärischen Beitrag zur Sicherung der Gegenküste insbesondere im Falle einer politischen Neuordnung im Nahen Osten und darüber hinaus
- *ergänzende Beiträge* mit spezifischen Kräften für Spezialeinsätze und Unterstützung des lokalen Kapazitätenaufbaus zur Verbesserung der Resilienz der Staaten in unserer Nachbarschaft mit Fokus auf Westafrika und Jordanien sowie Afghanistan.

Regionale Kooperationen für mehr Sicherheit

Regionalen Kooperationsformaten kommt erhöhte Bedeutung zu. Für Österreich bedeutet dies etwa die Fortsetzung und Intensivierung der militärpolitischen Kooperation im Rahmen der „Central European Defence Cooperation“ (CEDC). Diese Zusammenarbeit wurde im Jahr 2016 unter österreichischer Präsidentschaftsführung angesichts der gemeinsamen Herausforderungen und Interessenslagen in Bezug auf Migration, Westbalkan und regionale Katastrophenhilfe auf ein neues Niveau gehoben. Besonders wichtig ist ein Aktionsplan der zentraleuropäischen Staaten für den Fall eines erneuten massiven





Investitionen. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern auch nachhaltige Investitionen in die militärische Sicherheit Österreichs.



Steigerung. Der reale Sicherheitsnutzen des Bundesheeres, besonders beim Grenzschutz, Schutz kritischer Infrastrukturen, bei der Terrorbekämpfung, beim Cyberschutz, bei der Katastrophenvorsorge und der nicht-militärischen Gefahrenabwehr aus der Luft wird weiter gesteigert.

Anstiegs der Migration entlang der Westbalkan-Route. Dafür braucht es 2017 einen rasch abrufbaren zivil-polizeilich-militärischen Reaktionsmechanismus. Neben den bilateralen Kooperationen hängt die Sicherheit Österreichs weiterhin von handlungsfähigen internationalen Organisationen wie UNO, OSZE, EU und NATO/PfP ab.

Die umfassenden Aufgaben im In- wie im Ausland erfordern jedenfalls entsprechende Investitionen in die militärische Sicherheit – sowohl personell als auch materiell. Die aktuelle Budgetsteigerung – mit der langfristigen Perspektive, 1 Prozent des BIP in die Landesverteidigung zu investieren – muss nachhaltig gesichert und fortgesetzt werden.



Zusammenarbeit. Regionalen Kooperationsformaten kommt erhöhte Bedeutung zu. Für Österreich bedeutet dies etwa die Fortsetzung und Intensivierung der militärpolitischen Kooperation im Rahmen der „Central European Defence Cooperation“ (CEDC).

UMFELD AM PRÜFSTAND

Anhaltende gewaltsame Konflikte in der östlichen und südlichen Nachbarschaft Europas erfordern, dass Österreich und die EU ein umfassendes sicherheitspolitisches Instrumentarium einsetzen können.

Europas sicherheitspolitisches Umfeld wird 2017 von anhaltenden, gewaltsamen Konflikten in der östlichen und südlichen Nachbarschaft geprägt sein. Auswirkungen dieser regionalen Krisen für Österreich und andere EU-Mitglieder bleiben Migrationsdruck und Terrorismus. Die EU und ihre Mitglieder bleiben als Akteure mit umfassendem sicherheitspolitischem Instrumentarium gefragt.

Konfliktlinien und Trends

Sowohl in der östlichen als auch der südlichen europäischen Nachbarschaft entzieht sich eine Reihe von Konflikten politischen, aber auch militärischen Lösungen. Die Bandbreite reicht von einem Einfrieren auf niedrigem Intensi-

tätsniveau bis hin zu blutigen Pattsituationen. Unter den beteiligten nichtstaatlichen Akteuren im Irak, in Libyen und in Syrien wird es zu Verschiebungen kommen: Die Eindämmung des Islamischen Staates (IS) wird etwa zu einem Erstarren anderer radikaler Akteure führen.

Ausbleibender sozioökonomischer Fortschritt wird die politischen Verwerfungen und innergesellschaftliche Spannungen in Ägypten, im Iran und in der Ukraine verschärfen. Zudem ist in der Ukraine eine Lösung des subkonventionellen Krieg im Osten nicht absehbar. Dies wird es erschweren, politische Konflikte beizulegen. Religiös motivierter Extremismus und Radikalisierung entwickeln sich zu einem permanenten Element der Sicherheitslage in Nordafrika

und der Sahelzone. Zu diesen innerstaatlichen Konfliktlinien kommen Spannungen aufgrund des zunehmenden Wettbewerbs zwischen Regionalmächten. Mit Blick auf die Konflikte in Syrien und in der Ukraine ist entscheidend, ob die von Donald Trump geführte US-Regierung einen Interessenausgleich mit Russland sucht. Sollte dies eintreten, kann dadurch die politische Geschlossenheit des Westens gegenüber Russland unterlaufen werden. So könnten die Sanktionen gegen die Ukraine rascher aufgehoben werden und ein Fortbestand des Assad-Regimes in Syrien wäre wahrscheinlich.

Neue Flüchtlingswelle

Aus dem Eskalationspotenzial in der südlichen Nachbarschaft kann sich kurzfristig eine neue Flüchtlingswelle ergeben. Transitländer in Afrika wie z. B. Mali bleiben instabil, während militärische Offensiven im Irak oder erhöhte Instabilität in der Türkei den zuletzt gesunkenen Migrationsdruck auf Österreich und andere EU-Mitglieder über die Westbalkanroute steigen lassen können. Der sich aus religiösem Extremismus und dem radikalen Islam speisende internationale Terrorismus kann Oppositionsbewegungen in Teilen der Region Nahost und Nordafrika prägen. Die potentzell hohe Zahl von Rückkehrern mit EU-Staatsbürgerschaft, die sich zweitweise dem IS oder anderen terroristischen Organisationen angeschlossen hatten („Foreign Fighters“), wird die Gefahr terroristischer Anschläge innerhalb der EU erhöhen.

Instrumente Europas & Österreichs

Die Vielfältigkeit des Krisen- und Konfliktgeschehens erfordert es, dass die



- 1 Bereit.** Der EU-Verband muss sich erneut auf das Management signifikanter Migrationsbewegungen einstellen. Damit einher gehen humanitäre Hilfsleistungen, Grenzkontrollen, aber auch die Grenzsicherung.
- 2 Antworten.** Auf das vielfältige Krisen- und Konfliktgeschehen müssen die EU und ihre Mitglieder mit einem noch umfassenderen Sicherheitsansatz antworten.



EU und ihre Mitglieder noch stärker auf einen umfassenden Sicherheitsansatz hinarbeiten. Dazu gehört die Fähigkeit zum sicherheitstechnischen und entwicklungspolitischen Kapazitätsaufbau in Krisenstaaten (z. B. Sicherheitssektorreform, Ausbildung, Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung). Die langfristige Bekämpfung von Fluchtursachen wird weiter an Bedeutung gewinnen, wenngleich es unmittelbar vor allem

darauf ankommen wird, sich im EU-Verband erneut auf das Management signifikanter Migrationsbewegungen einzustellen. Damit verbunden sind humanitäre Hilfsleistungen, aber auch Aufgaben der Grenzsicherung und Grenzkontrolle.

Konfliktmediation und Vermittlungsdiplomatie gewinnen vor allem dort an Bedeutung, wo nur eine politische Transformation der Konfliktsituation

militärischen Stillstand auflösen kann. Die Fähigkeit der EU-Mitglieder zur Übernahme von Exekutivfunktionen im Rahmen multinationaler Krisenmanagementbemühungen ist unverzichtbar, um lokalen Akteuren eine Sicherheitspartnerschaft anbieten zu können. Dies erfordert den Einsatz militärischer Kräfte in mehreren, parallel laufenden Missionen – und damit auch entsprechende Ressourcen.

FOKUS  ANALYSE

KONFLIKTLINIEN UND TRENDS

FLÜCHTLINGSWELLE

Aus dem Eskalationspotenzial in der südlichen Nachbarschaft kann sich kurzfristig eine neue Flüchtlingswelle ergeben. Transitländer in Afrika wie z. B. Mali werden instabil bleiben, während militärische Offensiven im Irak oder erhöhte Instabilität in der Türkei den zuletzt gesunkenen Migrationsdruck auf Österreich und andere EU-Mitglieder über die Westbalkanroute steigen lassen können.



WESTBALKAN

stabilitätsgefährdender Stillstand auf dem Westbalkan und Zunahme des radikalen Islam



USA, RUSSLAND

Entscheidend wird sein, ob die von Donald Trump geführte US-Regierung einen Interessenausgleich mit Russland sucht. Sollte dies eintreten, kann dadurch die politische Geschlossenheit des Westens gegenüber Russland unterlaufen werden. Ein Ende der Sanktionen aufgrund der Ukraine-Krise und ein Fortbestand des Assad-Regimes in Syrien wären wahrscheinlich.



UKRAINE

fortdauernder subkonventioneller Konflikt



IRAN, ÄGYPTEN

Ausbleibender sozioökonomischer Fortschritt wird innergesellschaftliche Spannungen verschärfen.



NORDAFRIKA / Sahelzone

Religiös motivierter Extremismus und Radikalisierung entwickeln sich zu einem permanenten Element der Sicherheitslage.



LIBYEN

Trotz internationaler Bemühungen ist keine Stabilisierung in Sicht.



SYRIEN, IRAK

Trotz der Eindämmung des Islamischen Staates (IS) wird es zu keiner Stabilisierung der Region kommen.



ÖSTERREICHS RESILIENZ STÄRKEN

Mehr Investitionen in das Bundesheer, eine neue Organisation für das Krisenmanagement: Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil über Sicherheit und Sicherheitspolitik im neuen Jahr.

FOKUS: Herr Bundesminister, wie sicher wird das Jahr 2017?

Doskozil: Das kommende Jahr wird sehr dynamisch. In Österreich und in der EU kommen wir nach relativ sicheren Jahren zusehends in eine instabile Situation. Die Konflikte im Umfeld Europas nehmen zu, denken Sie beispielsweise an den Krieg in Syrien und in Libyen oder an die innenpolitische Entwicklung in der Türkei hin zu einem autoritären Regime. Ein anderes Beispiel sind die Krisen an den Grenzen Russlands wie z. B. in der Ukraine, in Moldawien oder Georgien.

Aus heutiger Sicht können wir nicht klar erkennen, wie sich das Verhältnis zwischen den USA und Europa bzw. zwischen den USA und Russland gestalten wird. Es wäre vorstellbar, dass sich die Vereinigten Staaten mehr auf innere Herausforderungen konzentrieren, ihre Schutzmachtfunktion für Europa verringern und sich verstärkt nach Asien ausrichten. Dies hätte massive Auswirkungen auf die europäische Sicherheitsarchitektur. Darüber hinaus hat uns die Massmigration klar gezeigt, dass die Europäische Union zur Bewältigung von derartigen Krisen nicht in der Lage ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

FOKUS: Wo sehen Sie aktuell Gefahren für unsere Gesellschaft?

Doskozil: Derzeit sehe ich die wesentlichen inneren Herausforderungen in der Bewältigung des transnationalen Terroris-

mus, in der unkontrollierten Masseneinwanderung nach Europa und in der ständigen Bedrohung staatlicher Netzwerke im Cyberraum.

FOKUS: Was bedeutet das für den österreichischen Sicherheitssektor?

Doskozil: Es geht um die Fähigkeit unserer Gesellschaft, Krisen zu überstehen und dabei weiter zu funktionieren, was wir als Resilienz bezeichnen. Dies erfordert einerseits verstärkte Investitionen im Sicherheitssektor – vor allem auch beim Bundesheer – und andererseits eine Neuorganisation des Krisenmanagements. Deshalb wird die Umfassende Landesverteidigung in das modernere Konzept der Umfassenden Sicherheitsvorsorge verfassungsrechtlich eingebettet. Entscheidend für den Erfolg in der Krise ist jedoch die enge Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Akteuren und der Zivilgesellschaft. Was das Bundesheer betrifft, so geht es jetzt um die Absicherung der Resilienz Österreichs.

Hans Peter Doskozil

Bundesminister für Landesverteidigung und Sport

Das kommende Jahr wird sehr dynamisch. In Österreich und in der EU kommen wir nach relativ sicheren Jahren zusehends in eine instabile Situation.



Resilienz. Es geht um die Fähigkeit unserer Gesellschaft, Krisen zu überstehen und dabei weiter zu funktionieren.

Die militärische Landesverteidigung bekommt dadurch höhere Aktualität und ein neues Profil. Auf der europäischen Ebene müssen wir die Kooperation verdichten und unser Profil als Akteur dort schärfen, wo wir unseren Partnern ausgezeichnete Kompetenzen anbieten können, wie z. B. im Bereich Gebirgskampf. Das Bundesheer leistet wesentliche Beiträge in internationalen Organisationen. Gegenwärtig sind knapp 1.100 Militärpersonen bei 19 Missionen weltweit eingesetzt, die Aufgaben reichen von Beobachtung, Ausbildung, Beratung bis hin zum Einsatz ganzer Truppenkontingente.

FOKUS: Wie können wir die Sicherheit in unserem Land erhalten?

Doskozil: Im Ministerrat haben wir eine grundlegende Reform der österreichischen Sicherheitsstrukturen beschlossen, um die veränderte Bedrohungslage besser



© Bundesheer/Ricardo Herrgott

Entscheidungsfähig. Das Sicherheitskabinett muss laufend auf aktuelle Lageinformationen zugreifen können. Diese werden vom neuen, ständig arbeitenden gesamtstaatlichen Zentrum für Umfassende Sicherheitsvorsorge gesammelt und zur Verfügung gestellt.

zu bewältigen. Auf Regierungsebene wird es ein Sicherheitskabinett geben, in dem unter Vorsitz des Bundeskanzlers die „krisenrelevanten“ Minister auf kurzem Wege strategische Entscheidungen treffen, aus denen sich Leitlinien für das gesamtstaatliche Krisenmanagement ergeben. Dieses Gremium muss laufend auf aktuelle Lageinformationen zugreifen können. Daher werden wir ein ständig arbeitendes gesamtstaatliches Zentrum für Umfassende Sicherheitsvorsorge einrichten, in dem alle sicherheitsrelevanten Informationen zusammenlaufen und für die politische Führung Entscheidungsmöglichkeiten vorbereitet werden.

FOKUS: Welche Folgen hat das für das Österreichische Bundesheer?

Doskozil: Neben den bekannten Kernaufgaben des Bundesheeres – militärische Landesverteidigung, Hilfeleistung zur Erhaltung der Sicherheit im Inneren bzw. zur Katastrophenhilfe und Hilfeleistung im Ausland – erhält das Bundesheer im Inland zusätzliche Aufgaben. Begründet

wird das durch die aktuelle Bedrohungslage und die begrenzten Kapazitäten anderer Einsatzkräfte. Zusätzliche Aufgaben sind die Bewachung sensibler Objekte wie z. B. Botschaften, der Schutz kritischer Infrastrukturen, die militärische Gefahrenabwehr aus der Luft und Aufgaben im Bereich der vorausschauenden Katastrophenvorsorge. Das Bundesheer soll die neuen Aufgaben künftig auch auf nach Verfügung durch die Bundesregierung als originäre Aufgabe im Rahmen der erteilten sicherheitsbehördlichen Ermächtigung übernehmen.

Das Bundesheer muss seine Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen und zur nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung deutlich verstärken. Als Antwort auf aktuelle Bedrohungen erhöhen wir die Einsatzbereitschaft und Stärke der Truppen deutlich, ferner spezialisieren sich die Brigaden auf unterschiedliche Einsatzaufgaben. Daher organisieren wir in Niederösterreich das Kommando Schnelle Einsätze und in Tirol das Kommando Gebirgskampf.

Hans Peter Doskozil
Bundesminister für
Landesverteidigung und Sport

Das Bundesheer muss seine Fähigkeiten zur Abwehr von Cyberangriffen und zur nachrichtendienstlichen Informationsgewinnung deutlich verstärken. Auch die militärische Infrastruktur muss angepasst werden, um gute Rahmenbedingungen für die Truppe zu schaffen.

FOKUS: Wie bereiten Sie das Bundesheer auf die neuen Aufgaben vor?

Doskozil: Die Veränderung der Sicherheitsarchitektur und die erweiterten Aufgaben des Bundesheeres erfordern viele Maßnahmen. Im Personalbereich müssen wir die Grundwehrdienstreform umsetzen. Damit zusammenhängend starten wir eine Initiative zur aktiven Personalgewinnung, um 6.000 rasch verfügbare Militärpersonen bereitzuhalten und Pensionsabgänge auszugleichen. Besonders wichtig ist mir dabei die Ansprache von Frauen, um mehr Soldatinnen im Bundesheer zu haben. Zusätzlich müssen wir Kapazitäten im Bereich Cyber War und zur Realisierung des gesamtstaatlichen Zentrums für Umfassende Sicherheitsvorsorge aufbauen. Wir müssen unsere Soldatinnen und Soldaten für ihre Einsatzaufgaben bestmöglich ausrüsten. Dazu zählen vor allem Verbesserungen in den Bereichen Führung, Aufklärung, Beweglichkeit und Eigenschutz der Truppe. Auch die militärische Infrastruktur muss angepasst werden, um gute Rahmenbedingungen für die Truppe zu schaffen.

ÖSTERREICH WILL MEHR HEER

Das Sicherheitsempfinden der Österreicherinnen und Österreicher hat in den letzten zehn Jahren erheblich gelitten. Dem Bundesheer werden im Rahmen der Terrorbekämpfung mehr Rechte zugestanden. Eine Analyse von Meinungsforscher Peter Hajek.

Die größten Sorgen, die sich die Österreicher zurzeit machen, betreffen den internationalen Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die Zuwanderung in und nach Europa. Insbesondere der internationale Terrorismus bewegt die Menschen: Gaben noch im Jahr 2008 40 Prozent der Befragten an, man sei diesbezüglich in sehr großer Sorge, so sehen heute schon 53 Prozent der Bürger dies als große Problemstelle.

Hand in Hand damit hat sich auch die Befürchtung gesteigert, dass es terroristische Angriffe auf Österreich geben könnte (2008: 16 Prozent, 2016: 33 Prozent sehr große Sorge). Die Sorge wird – bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen – auch 2017 bestehen bleiben.

Zusammenarbeit mit Nachbarn gefragt

Eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa fürchten derzeit explizit 28 Prozent der Befragten. Im Jahr 2008 waren es noch 18 Prozent der

Gesamtbevölkerung. Nach wie vor halten acht von zehn Befragten die Neutralität für einen Sicherheitsgaranten. Einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten können zwei Drittel der Wähler etwas abgewinnen, wohingegen nur jeder Dritte eine Teilnahme an einer zukünftigen EU-Armee positiv beurteilt und nur für jeden Vierten ein NATO-Beitritt eine Option ist. Ein Zerfall der EU ist für die meisten Wähler eher mit wirtschaftlichen Nachteilen als mit einem Verlust an militärischer Sicherheit verbunden.

Hohes Vertrauen in das Bundesheer

In unsicheren Zeiten steigt das Vertrauen in jene Institutionen des Landes, welche die Sicherheit von Land und Leuten gewährleisten sollen. Während 2008 dem Bundesheer 56 Prozent Vertrauen entgegenbrachten,



- 1 **Terrorangst.** 53 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher zeigen sich besorgt betreffend des internationalen Terrorismus. Ein Drittel befürchtet, dass es auch in Österreich zu Anschlägen kommen kann.
- 2 **Unterstützung.** 79 Prozent der Bevölkerung sind der Meinung, dass das Bundesheer die Polizei bei terroristischen Anschlägen in jedem Fall unterstützen soll.



sind es 2016 schon 64 Prozent. Ebenso verhält es sich bei der Polizei, der vor zehn Jahren 72 Prozent vertrauten. Heute sind es 82 Prozent. Im Gegensatz dazu ist das Vertrauen in die österreichische Bundesregierung mit 24 Prozent sehr gering, wenngleich es auch hier eine Verbesserung gegenüber 2008 (12 Prozent) gab.

Mehr Aufgaben für das Heer

Die österreichischen Wähler sind heute mehr denn je bereit, dem Bundesheer

neben Katastrophenschutz sowie Grenzschutz und Landesverteidigung Aufgaben im Bereich der Terrorbekämpfung zu übertragen. So stimmen 79 Prozent dem Vorschlag zu, dass das Bundesheer die österreichische Polizei bei terroristischen Anschlägen in Österreich in jedem Fall unterstützen soll.

Daneben soll das Bundesheer einerseits vermehrt den Schutz wichtiger Einrichtungen wie Flughäfen, Botschaften oder der Energieversorgung übernehmen,

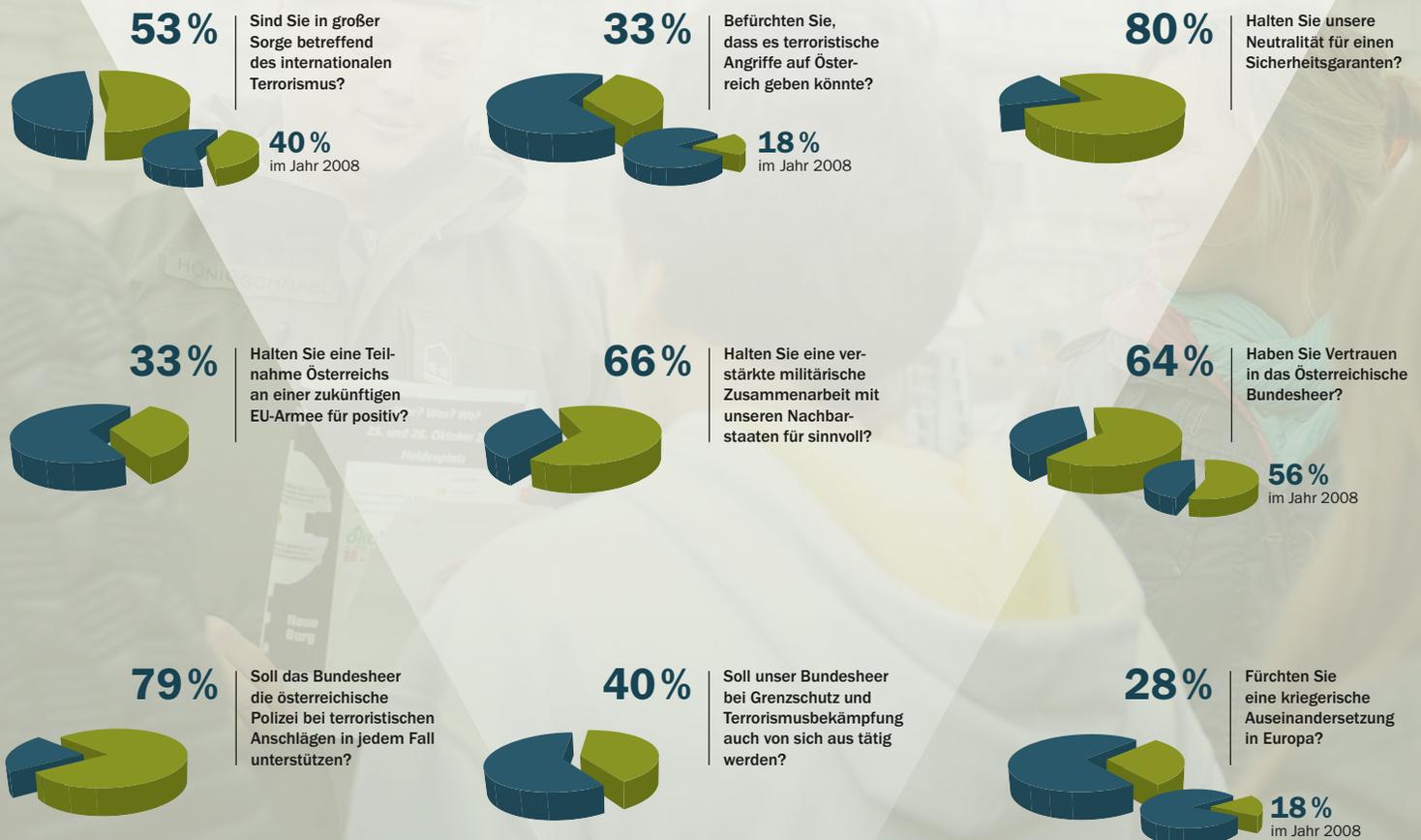
andererseits für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit bei gewaltsamen Unruhen im Inland sorgen.

Im Bereich Grenzschutz und Terrorismusbekämpfung durfte das Bundesheer bisher nur bei Assistenzanforderung durch das Innenministerium tätig werden. 40 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das Bundesheer auch von sich aus tätig werden soll.

FOKUS WISSEN

SICHERHEITSEMPFINDEN

Wie sicher fühlen sich die Österreicherinnen und Österreicher im Jahr 2016



 Zustimmung in Prozent.

BLICK IN DIE ZUKUNFT

Vorausschau und Krisenfrüherkennung sind wichtige Themen für die Sicherheit Österreichs. Mit dem Projekt „Foresight-Cockpit“ nützt das Bundesheer ein innovatives Instrument, um heute schon mehr über die Zukunft zu erfahren.

Zahlreiche Nationen, Institutionen und Organisationen arbeiten gegenwärtig daran, ihre Fähigkeiten der strategischen Vorausschau und der Krisenfrüherkennung zu verbessern. Mit entsprechenden Methoden und Tools bemühen sie sich darum, relevante Entwicklungen rechtzeitig zu erfassen und zu analysieren. Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport beobachtet auf Basis eines Forschungsprojektes gemeinsam mit unterschiedlichen Bedarfs- und Wissensträgern (BMI, BKA, RISE, Repuco, TU Wien und Universität Salzburg) sicherheitsrelevante Entwicklungen und unternimmt eine Vorausschau auf die nächsten 15 Jahre. Möglich wurde dieses Projekt durch das Sicherheitsforschungsförderungsprogramm KIRAS des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie (bmvit).

Ressortübergreifende Analyse

Im Rahmen des Projektes wurde ein softwarebasierter Demonstrator zur Ist-Lageanalyse und ressortübergreifenden Zukunftsanalyse getestet.

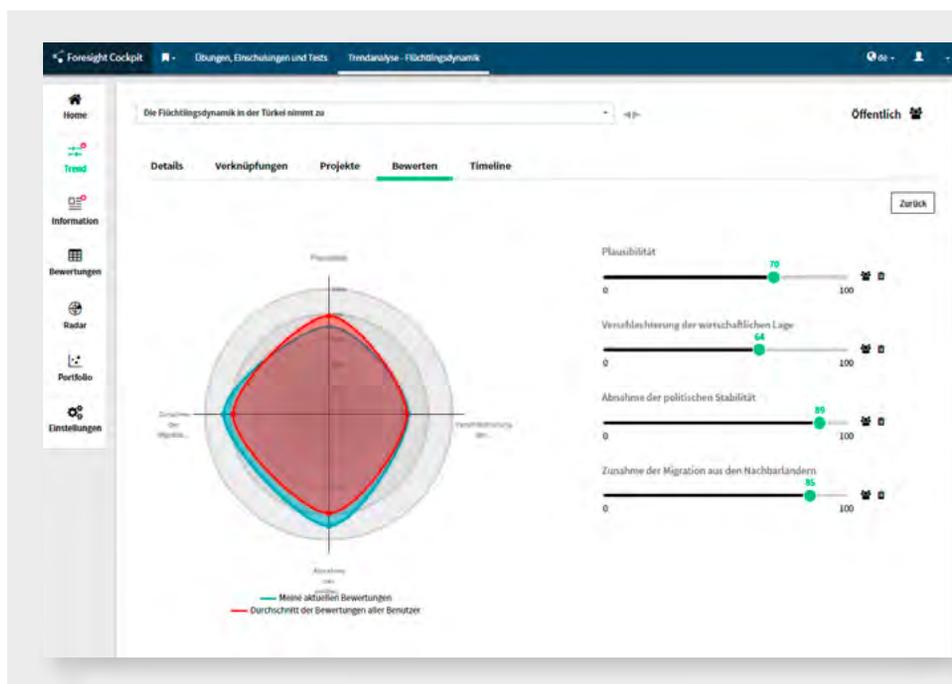
Die wirtschaftlichen Projektpartner entwickelten daraus eine einsetzbare, onlinebasierte Softwarelösung. Das sogenannte „Foresight-Cockpit“ schafft nun die Basis, damit Österreichs Sicherheitsressorts gemeinsam an Risiken, Trends und Ideen forschen können und sich fachspezifisch darüber austauschen können.



Sicherheit. Der Blick in die Zukunft mit dem Foresight-Cockpit: Ein Beitrag zu mehr Sicherheit für Österreich.

Foresight-Cockpit ist „made in Austria“

Insgesamt stehen derzeit fünf technisch umgesetzte und 19 nicht-technisch umgesetzte Methoden über 170 quantita-



Trendbewertung. Bewertung der Trends durch nationale und internationale Experten im ressortübergreifenden Verbund.

Die Bewertung des Trends „Die Flüchtlingsdynamik in der Türkei nimmt zu“ wird beispielsweise von Experten an Hand der ausgewählten Kategorien Plausibilität, Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, Abnahme der politischen Stabilität und Zunahme der Migration aus den Nachbarländern bewertet.

tive Indikatoren und acht verschiedene Visualisierungsformen zur Unterstützung der Analytinnen und Analyten aus den Ressorts zur Verfügung. Da das System themenübergreifend verwendbar ist, können nun verschiedene strategische

Fragestellungen darauf gleichzeitig bearbeitet werden. So kann zum Beispiel in gemeinsamen explorativen und alternativen Szenarioprojekten ein rein interner oder auch ein gesamtstaatlicher Blick auf die Zukunft geworfen werden. Mit Hilfe

des Foresight-Cockpits kann die Qualität der ressorteigenen Analyseergebnisse verbessert, der Austausch mit anderen Ressorts unterstützt und um neue Blickwinkel und relevante Erkenntnisse erweitert werden.

WAS DAS FORESIGHT-COCKPIT LEISTEN KANN

Monitoring von Trends an Hand von automatisch upgedateten quantitativen Indikatoren, wie zum Beispiel jene der Weltbank, des UNHCR oder auch der EUROSTAT.



Lagebild im Dashboard. Zeigt in Auszügen das aktuelle Migrationspotential in der europäischen Nachbarschaft in der MENA Region. Bei unveränderten Rahmenbedingungen geht man derzeit für das Jahr 2017 von einem Migrationspotenzial von ca. 500.000 migrationswilligen und -fähigen Menschen aus, welche ihren Weg über die zentrale Mittelmeerroute bzw. die Westbalkan-Route antreten könnten.

Szenariomanagement. Durch die Entwicklung von Zukunftsszenarien kann ein Blick, etwa auf mögliche politische Entwicklungsrichtungen – zum Beispiel in der Türkei – geworfen werden. Sollte sich die Türkei beispielsweise in Richtung einer „Gefestigten Demokratie“ entwickeln, hätte dies andere Konsequenzen für Österreich und Europa als wenn das Land zunehmend an Stabilität verlieren würde.



MIGRATION 2017

Zahlen, Daten und Fakten zur Entwicklung der Migrationslage 2017



MIGRATION & WELTBEVÖLKERUNG

Bis 2050 ist mit einem Anstieg der absoluten Zahl der internationalen Migrantinnen und Migranten auf ca. 310 bis 380 Millionen Menschen zu rechnen. Das sind ca. 3,2 bis 3,9 Prozent der Weltbevölkerung.

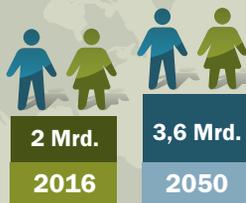
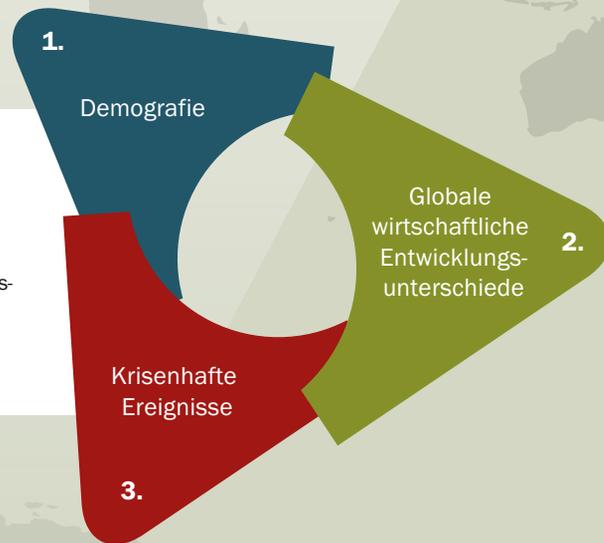


FLÜCHTLINGE & VERTRIEBENE

Für Juni 2016 schätzt das UNHCR die Zahl der weltweit geflohenen und vertriebenen Personen auf mehr als 65 Millionen. Das kommt einer Verdreifachung innerhalb von 14 Jahren gleich.

EINFLUSSFAKTOREN FÜR MIGRATION

Drei zentrale Einflussfaktoren bestimmen die internationale Migration: Demografie, globale wirtschaftliche Entwicklungsunterschiede sowie krisenhafte Ereignisse. Während die Faktoren 1. und 2. die Triebkräfte für kontinuierliche Migrationsströme darstellen, waren sprunghafte Anstiege und temporäre Massenmigration bisher immer auf gewaltsame Konflikte zurückzuführen.

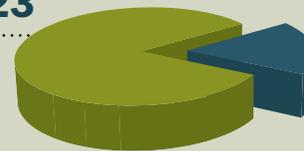


BEVÖLKERUNGSWACHSTUM & HERKUNFTSREGIONEN VON MIGRATION

In den Hauptherkunftsregionen der internationalen Migration (Naher und Mittlerer Osten, Zentralasien, Afrika) wird die Bevölkerung bis 2050 von heute rund 2 Milliarden bis 2050 auf etwa 3,6 Milliarden Menschen wachsen.

Gesamt 223

Konflikte im Jahr 2015



43

hoch gewaltsam

INNERSTAATLICHE & INTERNATIONALE KONFLIKTE

Das Heidelberger Institut für Konfliktforschung zählte für das Jahr 2015 insgesamt 223 gewaltsame Konflikte auf der internationalen Ebene. 43 davon waren „hoch gewaltsame“ Konflikte. Die Zahl innerstaatlicher oder internationaler, gewaltsam ausgetragener Konflikte, stieg in der jüngeren Vergangenheit deutlich an.

NEUORDNUNG MIT KONSEQUENZEN

Im Gefüge der Großmächte ist mit einer Fortsetzung bestehender Trends zu rechnen: Ein Fokus-Interview mit dem Leiter des Heeresnachrichtenamts, Generalmajor Edwin Potocnik.

FOKUS: Herr Generalmajor, welche Leistungen erbringt das Heeres-Nachrichtenamt und wie wirkt sich Ihre Arbeit auf die Österreichische Sicherheitspolitik aus?

Potocnik: Als strategischer Auslandsnachrichtendienst ist das Heeres-Nachrichtenamt Teil des sicherheitspolitischen Frühwarnsystems Österreichs. Die Bandbreite unserer Leistungen reicht von langfristiger strategischer Antizipation über das frühzeitige Erkennen krisenhafter Entwicklungen in der Europäischen Nachbarschaft bis hin zur Warnung vor konkreten Terror- und Cyberangriffen gegen Österreich. Wir tragen dadurch dazu bei, Mitbürger vor Schaden im In- und Ausland zu bewahren. Besonders möchte ich in diesem Zusammenhang die wichtige Rolle des Heeres-Nachrichtenamtes bei der Force Protection unserer Soldatinnen und Soldaten hervorheben. Sicherheitspolitisch erhöhen wir mit unseren Analysen den Handlungsspielraum der politischen und militärischen Führung.

FOKUS: Was wird sich aus Ihrer Sicht in den nächsten Jahren im Gefüge der Großmächte verändern?

Potocnik: Statt wesentlicher Veränderungen im Gefüge der Großmächte ist, trotz gewisser Unsicherheiten bezüglich der konkreten Ausrichtung der neuen US-Administration, eher mit einer Fortsetzung bereits erkennbarer Trends zu rechnen: Die Verlagerung des strategischen Schweregewichts der USA Richtung Asien-Pazifik wird zu zunehmender Konfrontation mit einem immer selbstbewußter auftretenden China führen. Davon wird die gesamte Region betroffen sein. Russland wird den einhergehenden Rückzug der



Generalmajor Edwin Potocnik
Leiter des Heeresnachrichtenamts

Vor unseren Augen vollzieht sich eine gewaltsame machtpolitische Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens.

USA aus den Krisenregionen im europäischen Umfeld sowie die Schwäche und Uneinigkeit der Europäischen Union nutzen, um sich wieder als globaler sicherheitspolitischer Akteur zu positionieren.

FOKUS: In welchen Regionen und in welchen Themenbereichen sehen Sie für die kommenden Jahre das größte Konfliktpotential?

Potocnik: Vor unseren Augen vollzieht sich eine, von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren ausgetragene, gewaltsame machtpolitische Neuordnung des gesamten Nahen und Mittleren Ostens. In diese sind europäische Staaten unmittelbar involviert und von ihren Auswirkungen betroffen. Gleichzeitig lassen in Afrika ungebremstes Bevölkerungswachstum

verbunden mit kritischen sozioökonomischen und politischen Entwicklungen langfristig hohes Konfliktpotenzial, Migration, Extremismus und Terrorbedrohung erwarten. Phänomene, deren Beobachtung von besonderem Interesse sein wird, sind z.B. der wieder erstarkende Nationalismus aber auch technologische Entwicklungen.

FOKUS: Was davon betrifft uns in Österreich und in Europa direkt und wie wirkt sich das auf unsere Gesellschaft aus?

Potocnik: Europa und Österreich können sich diesen Entwicklungen nicht entziehen. Sie erreichen uns in Form von Migrationsströmen, Terroranschlägen und langfristigen Krisen mit wirtschaftlicher, politischer und humanitärer Ausstrahlung. Die Migrationskrise 2015-2016 sowie große Terroranschläge haben gezeigt, dass zivile staatliche Krisenbewältigungsinstrumente in ganz Europa rasch an den Rand der Leistungsfähigkeit gelangen und sich subjektives Unsicherheitsgefühl in der Gesellschaft breit macht.

FOKUS: Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Gefahrenpotential für die Entwicklung des Bundesheeres?

Potocnik: Daraus ergibt sich für das Heeres-Nachrichtenamt (als Teil des Bundesheeres) die Herausforderung, der politischen und militärischen Führung permanent (24/7) ein objektives Lagebild zur Verfügung zu stellen, seine nachrichtendienstlichen Fähigkeiten zur Früherkennung hybrider Bedrohungen gegenüber Österreich weiter zu entwickeln und dabei größtmögliche Flexibilität zu wahren.

MEHR SCHUTZ DURCH DAS „SICHERHEITSPAKET“

Das sogenannte „Sicherheitspaket“ der Bundesregierung ermöglicht, dass das Bundesheer zusätzliche Aufgaben für Österreichs Sicherheit übernimmt. Die Republik bekommt ein modernes Krisenmanagement.

Beim Bundesheer bleibt kein Stein auf dem anderen. „Die Truppe wird völlig neu aufgestellt, sogar neue Verfassungsbestimmungen sind geplant. Damit schreibt SPÖ-Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil nach Meinung von Beobachtern ein neues Kapitel Militärgeschichte.“ Das schrieb die Tageszeitung „Kurier“ Anfang Oktober über das von der Bundesregierung am 27. September 2016 beschlossene Paket „Österreichs Sicherheit neu gestalten“. Die darin geplanten Maßnahmen sind weitreichend und werden im Jahr 2017 grundlegende Auswirkungen auf die österreichische Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben. Seit dem Frühjahr 2016 erarbeitete die Bundesregierung in unterschiedlichen Arbeitsgruppen konkrete Maßnahmen für zentrale innenpolitische Herausforderungen.

Neue Antworten

„Aufgrund von Kriegen, Destabilisierung und mangelnden Perspektiven für große Bevölkerungsteile im europäischen Umfeld ist für einen nicht absehbaren Zeitraum von einer erhöhten Sicherheitsgefährdung für Österreich auszugehen. Dies erfordert eine rasche und nachhaltige Anpassung der Sicherheits- und Krisenmanagementstrukturen in Österreich“, heißt es im Ministerratsvortrag vom 27. September unmissverständlich. **Österreichs Bundesregierung beließ es nicht nur bei klaren Worten, sondern schnürte**

mit ihrem „Sicherheitspaket“ eine umfassende Antwort auf die neuen Herausforderungen.

Das Sicherheitspaket umfasst:

- eine Anpassung der gesamtstaatlichen Sicherheitsstrukturen samt Schaffung eines Sicherheitskabinetts,



Das Sicherheitspaket der Bundesregierung ist geschnürt. Neben zusätzlichen Aufgaben für das Bundesheer bekommt Österreich ein modernes Krisenmanagement.

- eine klare Aufgabenzuordnung zwischen Polizei und Bundesheer inklusive neuer originärer Aufgaben für das Bundesheer im Inland und
- eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen an die derzeitigen Herausforderungen und Bedrohungen für Österreich.

Sicherheitskabinetts: handlungsfähig in Krisensituationen

Da Krisensituationen zumeist mehrere Ressorts betreffen, soll mit dem Sicher-

heitskabinetts die gesamtstaatliche Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit voll gewährleistet werden. Ein gesamtstaatliches Lagezentrum soll alle relevanten Informationen zusammenführen. Diese permanente Arbeitsstruktur wird laufend die Grundlagen für politisch-strategische Handlungsoptionen aufbereiten, auf deren Basis das Sicherheitskabinetts Entscheidungen trifft.

Mehr Aufgaben für das Bundesheer

Mit dem Sicherheitspaket werden Aufgaben des Bundesheeres für die Innere Sicherheit klar verankert und ausgeweitet. Neue Agenden des Bundesheeres im Inneren sind die Bewachung von Botschaften und der Schutz kritischer Infrastrukturen (z. B. Energie- und Wasserversorgung). Diese Aufgaben werden nicht mehr als reine Assistenzleistungen für das Innenministerium

erbracht, sondern sind – nach entsprechendem Regierungsbeschluss – eigenständige („originäre“) Aufgaben des Bundesheeres. Darüber hinaus wird die militärische Gefahrenabwehr aus der Luft – insbesondere die bisher nicht eindeutig geklärte Drohnenabwehr – rechtlich eindeutig verankert. Außerdem wird die präventive Katastrophenvorsorge einschließlich des Rettungswesens neu strukturiert. Dafür sollen Vereinbarungen mit den Ländern abgeschlossen werden können.

Bei Abwehr und Prävention von Terrorismus wird durch das Sicherheitspaket die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Heer optimiert. Heeresnachrichtenanstalt, Abwehramt und Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung werden aufgewertet und besser aufeinander abgestimmt. Dies betrifft auch den immer wichtiger werdenden Bereich der Cyberverteidigung - eine wichtige Aufgabe für das Bundesheer.

Klare gesetzliche Grundlagen

Klare Kompetenzen der zuständigen Ressorts sind unverzichtbar, um in Kri-

sensituationen die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit zu erhalten. Daher soll das bereits bestehende Konzept der „Umfassenden Sicherheitsvorsorge“ (USV) weiterentwickelt und als Staatszielbestimmung auch verfassungsrechtlich verankert werden.

Die USV soll in Zukunft zwei Teilbereiche umfassen, die „Umfassende Innere Sicherheit“ und die „Umfassende Äußere Sicherheit“. Die aus dem Kalten Krieg stammende „Umfassende Landesverteidigung“ soll erhalten bleiben, wird aber modernisiert.

Mehr als eine Heeresreform

Werden die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen 2017 auch rechtlich verankert, hat dies weitreichende Auswirkungen für die Sicherheit in Österreich. Es geht um mehr als nur eine Heeresreform.

Mit den geplanten Änderungen wird das gesamtstaatliche Krisenmanagement der Republik grundsätzlich neu geordnet. Das ist wichtig, damit Österreich auch in fordernden Zeiten sicher ist.



1

- 1 **Ausgeweitet.** Mit dem Sicherheitspaket werden die Aufgaben des Bundesheeres für die Innere Sicherheit klar verankert und ausgeweitet. Neu sind die Bewachung von Botschaften und der Schutz kritischer Infrastruktur.
- 2 **Präsentiert.** Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil und Innenminister Wolfgang Sobotka bei der Präsentation des Sicherheitspakets: Das Krisenmanagement der Republik wird neu aufgestellt.
- 3 **Optimiert.** Bei Abwehr und der Prävention von Terrorismus wird durch das Sicherheitspaket die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Heer optimiert. Dies betrifft auch den immer wichtiger werdenden Bereich der Cyberverteidigung - eine wichtige Aufgabe für das Bundesheer.



2



3

SICHER AUFGESTELLT

Neue Strukturen und zusätzliche Investitionen sorgen dafür, dass unser Bundesheer seine Aufgaben im In- und Ausland effizient und verlässlich erfüllen kann.

Seit Oktober nimmt das Bundesheer die neue Truppengliederung seiner Großverbände ein. Mit der neuen Struktur soll das Heer zukünftig schneller und wirkungsvoller auf moderne Bedrohungen reagieren können. Die Brigaden spezialisieren sich und werden als Krisenreaktionskräfte gestärkt.

Die 3. Panzergrenadierbrigade in Mautern wird zum „Kommando Schnelle Einsätze“. Die Soldaten spezialisieren sich auf Missionen im In- und Ausland und Einsätze im urbanen Umfeld.

Die 4. Panzergrenadierbrigade in Hirsching wird die „Schwere Brigade“. Alle Panzerbataillone des Bundesheeres werden hier zusammengefasst. Sie werden für robuste Einsätze im In- und Ausland eingesetzt.

Die 7. Jägerbrigade in Klagenfurt bildet die „Leichte Brigade“. Diese Soldaten sind vor allem für Einsätze zur Stabilisierung im Ausland zuständig und sind außerdem für das Landen aus der Luft ausgebildet.

Das „Kommando Gebirgskampf“ in Innsbruck entsteht aus der 6. Jägerbrigade. Die Soldaten dieser Brigade sind spezialisiert auf den Einsatz im Mittel- und Hochgebirge und in diesem Bereich weltweit anerkannt.

Auch die Militärkommanden gewinnen durch die neue Struktur an Bedeutung. Jedes Militärkommando bekommt ein eigenes Jägerbataillon, ist für die Miliz verantwortlich und bildet selbst Grundwehrdiener aus. Zudem erhält das Österreichische Bundesheer eine neue

Kommandostruktur. Die Ausbildung aller Offiziere und Unteroffiziere wird angepasst.

Erhebliche Investitionen in die Truppe

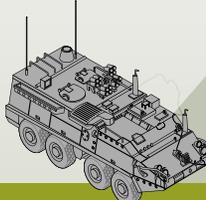
Aber auch erhebliche Investitionen der Bundesregierung machen das Heer fit für die Zukunft. Bis zum Jahr 2020 investiert das Bundesheer insgesamt 1,2 Milliarden Euro in neue Ausrüstung und Fahrzeuge und ausserdem etwa 500 Millionen Euro in die Infrastruktur. Mit den Investitionen sollen Unterkünfte und Sanitärräume in Kasernen ebenso saniert werden wie auch Sport- und Schießanlagen.

Des Weiteren werden diverse neue Werkstätten und Garagen gebaut.

NEUGLIEDERUNG DES ÖBH



4. Panzergrenadierbrigade
(schwere Brigade)



Kommando Schnelle Einsätze
(ehemals 3. Panzergrenadierbrigade)



Kommando Gebirgskampf
(ehemals 6. Jägerbrigade)



7. Jägerbrigade
(leichte Brigade)

Die Militärkommanden erhalten zusätzlich zu den territorialen, militärbehördlichen und Verbindungsaufgaben im Bundesland auch verstärkt Ausbildungs- und Einsatzführungsaufgaben.



- 1 **Neugliederung.** Die Brigaden spezialisieren sich und werden als Krisenreaktionskräfte gestärkt. So kann das Bundesheer schneller und wirkungsvoller reagieren.
- 2 **Investitionen.** Bis zum Jahr 2020 investiert das Bundesheer insgesamt 1,2 Milliarden Euro in neue Ausrüstung und Fahrzeuge und etwa 500 Millionen Euro in die Infrastruktur.
- 3 **Früherkennung.** Aufgrund der geringen Vorwarnzeit von Bedrohungen spielen die Früherkennung durch nachrichtendienstliche Aufklärung und Abwehr, aber auch die laufende Fähigkeit zur Abwehr von Cyberangriffen eine wichtige Rolle.

Neue Jobs

Auch als Arbeitgeber rüstet das Bundesheer auf: Bis 2020 gibt es insgesamt 9.800 neue Jobs für Frauen und Männer beim Heer. Die Erfahrungen mit dem Assistenzeinsatz an den Grenzen letzten Sommer haben gezeigt, dass man mit der Anzahl der rasch einsetzbaren Berufssoldaten an den Kapazitätsgrenzen angelangt ist. Es werden daher 3.800 Berufssoldatinnen und -soldaten zusätzlich aufgenommen.

Innovative Beschaffung

Die Investitionen in das Bundesheer ermöglichen innovative Anschaffungen. So werden Drohnen im Rahmen des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes eingesetzt. Sie beobachten das Gebiet

rund um die Staatsgrenze bei Tag und bei Nacht. Ihr Einsatz hilft zu verhindern, dass jemand illegal über die grüne Grenze von Ungarn nach Österreich einreist.

Ausgebaut wird auch die Cyberabwehr im Bundesheer. Cyberangriffe sind eine immer größere Bedrohung nicht nur für öffentliche Institutionen und Unternehmen, sondern auch zunehmend für das Militär. Das Heer wehrt heute schon pro Jahr bis zu 300 Cyberangriffe ab. Hunderttausende verdächtige Aktionen werden registriert und auf potenzielle Gefährdungen abgeklopft. Im Zuge der Umstrukturierung des Bundesheeres wird ein eigenes Kommando für den Bereich Cyberabwehr geschaffen. Bis 2020 sollen dort und im Heeresabwehramt 250 bis 350 zusätzliche neue

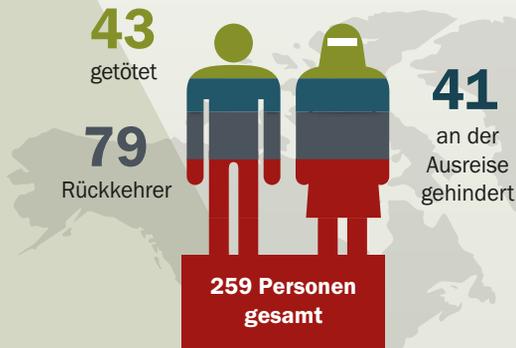
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen werden, im Endausbau sollen es 1.350 sein. Für ihre Ausrüstung mit Hard- und Software sollen bis 2020 mindestens 46 Mio. Euro in die Hand genommen werden, für neue Schulungszentren und Sanierungs- wie Adaptierungsmaßnahmen in bestehenden Anlagen weitere 13,5 Millionen.

Die neuen Mittel für das Bundesheer sind gut investiert, wirken wie ein Konjunkturimpuls und schaffen neue Arbeitsplätze.

Das Beschaffungspaket umfasst alle Bereiche, von der persönlichen Ausrüstung über Fahrzeuge bis hin zu erforderlicher IKT-Infrastruktur für die Cyberdefence. Ein echter Gewinn für Österreichs Sicherheit.

TERRORISMUS 2017

Zahlen, Daten und Fakten zur Entwicklung des Terrorismus 2017



Quelle: Verfassungsschutzbericht 2015 des BfV

„FOREIGN FIGHTER“

können nach ihrem Aufenthalt im Krisengebiet in ihr Herkunftsland zurückkehren. Dieses Phänomen stellt die Sicherheitsbehörden vor große Herausforderungen.



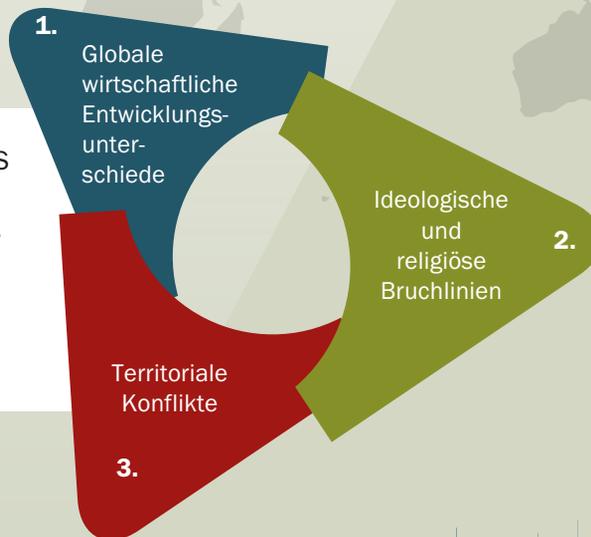
Quelle: Global Terrorism Index 2015

TERRORANSCHLÄGE WELTWEIT

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der weltweiten Terroranschläge massiv angestiegen. Terroranschläge betreffen heute 162 Staaten und der Terrorismus ist bereits mitten in Europa angekommen.

EINFLUSSFAKTOREN FÜR DEN TERRORISMUS

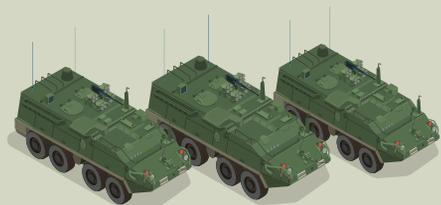
Drei zentrale Einflussfaktoren bestimmen den internationalen Terrorismus: Globale wirtschaftliche Entwicklungsunterschiede, ideologische und religiöse Bruchlinien und territoriale Konflikte. Diese Faktoren führen auch zu einer Verlagerung von regionalen Konflikten auf die trans- und internationale Ebene und damit zu Terroranschlägen in Europa und anderen westlichen Staaten.



GEGENMASSNAHMEN

Um den internationalen Terrorismus effektiv begegnen zu können werden drei parallele Gegenmaßnahmen verfolgt:

- 1) Prävention für gefährdete Personen, damit diese nicht zu Terroristen werden.
- 2) De-Radikalisierung radikaler Personen bevor diese Terroranschläge verüben.
- 3) Verbesserung der Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten und der Anti-Terrormaßnahmen von Sicherheitsbehörden.



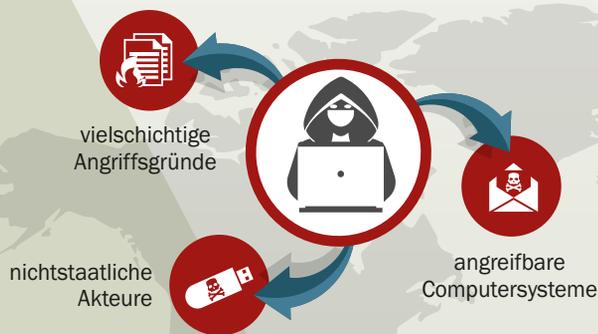
MASSNAHMEN DES BUNDESHEERES

Zur Verbesserung der Sicherheit in Österreich in Bezug auf den internationalen Terrorismus wurden folgende Maßnahmen getroffen:

- Ausbau der schnell verfügbaren Einheiten
- Verbesserung der Ausrüstung (insbesondere geschützte Fahrzeuge, Helme, etc.)
- Stärkung von Spezialeinsatzkräften (Jagdkommando)

CYBERRAUM 2017

Zahlen, Daten und Fakten zur Entwicklung im Cyberraum 2017



GEÄNDERTES BEDROHUNGSBILD

- Nicht nur staatliche, auch viele nichtstaatliche Akteure sind heute eine Bedrohung im Cyberraum.
- Gerade moderne Computersysteme sind hochkomplex und deswegen leicht angreifbar.
- Die Gründe für Angriffe sind vielschichtig. Sie reichen von Kriminellen bis zu Cyberspionage.

STEIGENDE ZAHLEN

In den vergangenen Jahren kam es zu einem massiven Anstieg von relevanten Vorfällen in Österreich. Sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen waren zum Teil massiv betroffen und große Schäden sind entstanden.

EINFLUSSFAKTOREN IM CYBERRAUM

Drei zentrale Einflussfaktoren bestimmen den Cyberraum: Die zunehmende Vernetzung von Systemen (Internet of Things - IoT), eine fehlende Zurechenbarkeit von Angriffen und die Vielschichtigkeit möglicher Angriffe. Die daraus entstehende komplexe Situation ist eine besondere Herausforderung für westliche Gesellschaften. Einen Cyberangriff kann jeden treffen: Infrastrukturunternehmen, wie Energie- und Wasserversorger, genauso wie jeder Computer zu Hause.



milCERT - MILITÄRISCHE KRÄFTE ZUR CYBERSICHERHEIT

Das Bundesheer investiert massiv in die Cybersicherheit und die dafür notwendigen Strukturen. So gibt es seit einigen Jahren die sogenannten milCERT-Team, mit denen Cyberangriffe abgewehrt werden können. In den nächsten Monaten wird zusätzlich ein eigenes Cyberkommando erreicht. Dazu werden eigene Cybersoldaten rekrutiert.



UNSER HEER

Ein Heer von Möglichkeiten.

STÄRKE ZEIGEN UND DIE FREIHEIT UNSERES LANDES SCHÜTZEN.

Frauen stehen viele interessante Einsatzmöglichkeiten im Bundesheer offen – gemeinsam haben diese vor allem eins: einen sicheren Arbeitsplatz mit guten Aufstiegschancen und fairer Bezahlung. Denn die Soldatinnen unseres Bundesheeres zeichnen sich durch höchste Motivation, großen Ehrgeiz und ausgeprägte Leistungsbereitschaft aus. Im Einsatz für die Menschen und für unser Land.

Auf unsere Soldatinnen kommt's an.
MIT SICHERHEIT.